

LANDTAG DES
FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

P



JAHRESBERICHT 2021

**DER DELEGATION FÜR DIE
EWR/EFTA-PARLAMANTARIERKOMITEES**

**Parlamentarierkomitee
der EFTA-Länder (CMP)**

**Parlamentarierkomitee
der EWR/EFTA-Staaten (MPS)**

**EWR- und EU-
Parlamentarierkomitee (JPC)**

INHALTSVERZEICHNIS

I.	Einleitung	3
II.	EFTA-CMP am 4. Februar (Videokonferenz)	4
III.	EFTA-CMP am 30. und 31. März (Videokonferenz)	5
IV.	Gemeinsames EWR- und EU-Parlamentarierkomitee am 28. April (Videokonferenz)	6
V.	EFTA-CMP und EFTA-Minister am 31. Mai (Videokonferenz)	7
VI.	Gemeinsames EWR- und EU-Parlamentarierkomitee am 25. August in Reykjavik	8
VII.	EFTA-CMP und EFTA Minister am 23. und 24. November in Brüssel	10
VIII.	EFTA-MPS Arbeitsbesuch am 25. und 26. November in Warschau	11
IX.	Zusammenarbeit	14
X.	Kostenaufwand der Delegation	14
XI.	Schlusswort und Antrag	14

I. Einleitung

Mit dem Jahresbericht 2021 der EWR/EFTA-Parlamentarierdelegation wird der Hohe Landtag gemäss Artikel 61 Absatz 7 der Geschäftsordnung für den Landtag vom 19. Dezember 2012 über die Ständigen Delegationen über die Sitzungen der Parlamentarierkomitees sowie über die Entwicklungen in diesen Gremien und in der Vertragsgemeinschaft informiert.

1. Zusammensetzung der Delegation

Die liechtensteinische Delegation für die EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees wurde nach den Landtagswahlen im Februar 2021 an der Eröffnungssitzung des Landtags am 24. März 2021 gewählt und setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen:

- Abg. Günter Vogt, Delegationsleiter
- Abg. Daniel Seger, ordentliches Mitglied
- Stv. Abg. Hubert Büchel, stellvertretendes Mitglied
- Abg. Karin Zech-Hoop, stellvertretendes Mitglied
- Sandra Gerber-Leuenberger, Delegationssekretärin

2. Allgemeines zu den EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees

Das Fürstentum Liechtenstein ist in den folgenden drei Parlamentarierkomitees mit jeweils zwei stimmberechtigten Abgeordneten vertreten:

- Parlamentarierkomitee der EFTA-Länder
Committee of Members of Parliament of the EFTA Countries (CMP)
- Parlamentarierkomitee der EWR/EFTA-Staaten
Committee of Members of Parliament of the EFTA States (MPS)
- Gemeinsames EWR- und EU-Parlamentarierkomitee
Joint Parliamentary Committee (JPC)

Im Parlamentarierkomitee der EFTA-Länder (CMP) sind Parlamentarier aus Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz vertreten. Das Komitee befasst sich mit Fragen, welche die EFTA als Ganzes sowie Drittlandbeziehungen der EFTA betreffen. Dazu nehmen die Delegierten auch an Treffen mit Parlamentariern anderer Staaten teil, insbesondere mit Delegierten von EFTA-Vertragsstaaten sowie mit Vertretern aus Ländern, mit denen sich die EFTA in Vertragsverhandlungen oder die EU in Beitrittsverhandlungen befindet. Das Parlamentarierkomitee der EFTA kommt mehrmals jährlich zusammen. Dabei trifft es jährlich auch den EFTA-Ministerrat und den Beratenden Ausschuss der EFTA. Letzteres setzt sich aus Vertretern der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände sämtlicher Mitgliedsländer zusammen. Sowohl das Parlamentarier- wie auch der Beratende Ausschuss sind Beratungsgremien.

Mit dem Inkrafttreten des EWR wurde 1994 zusätzlich das Komitee der Parlamentarier aus den EWR/EFTA-Staaten (MPS) gebildet. Dieses befasst sich im Speziellen mit Fragen des EWR und gibt Stellungnahmen zu Angelegenheiten des EWR ab. Jährliche Treffen finden hierzu seit 2009 zusätzlich mit dem Ständigen Ausschuss der EWR/EFTA-Minister statt. Norwegen ist im MPS mit sechs und Island mit vier Parlamentariern vertreten. Die Schweiz

hat einen Beobachterstatus. Seit 2011 finden zudem sporadische Treffen mit dem am 22. Juni 2010 gegründeten informellen EWR/EFTA-Forum für Lokale und Regionale Behörden statt.

Das Gemeinsame EWR- und EU-Parlamentarierkomitee (JPC) besteht sowohl aus Mitgliedern der nationalen Parlamente der EWR/EFTA-Staaten wie auch aus einer Delegation des Europäischen Parlaments. Die Schweiz verfügt in diesem Gremium über einen Beobachterstatus. Das JPC ist nicht direkt in das EU-Beschlussfassungsverfahren involviert, kann aber in der Vorphase indirekt, zum Beispiel über die Verabschiedung von Resolutionen, am EU-Rechtsetzungsprozess mitwirken (Decision Shaping). Durch den Dialog und die Beratung trägt das Komitee zu einem besseren Verständnis zwischen der Europäischen Union und den EFTA-Staaten bei. Dazu nehmen auch Vertreter des EWR-Rats, des Gemeinsamen EWR-Ausschusses und der EFTA-Überwachungsbehörde (ESA) zwecks Informations- und Meinungsaustausch an den Sitzungen teil. Das Komitee tritt üblicherweise zweimal im Jahr zusammen.

II. EFTA-CMP am 4. Februar (Videokonferenz)

Im Mittelpunkt des Treffens standen die allgemeine Handelspolitik der Europäischen Union inmitten der Covid-19-Pandemie, der Abschluss des Handels- und Kooperationsabkommens zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich sowie das umfassende Investitionsabkommen zwischen der EU und China. Das Treffen bot Gelegenheit, sich mit verschiedenen Mitgliedern des Europäischen Parlaments, mit dem EU-Handelskommissar sowie mit hochkarätigen Rednern von universitären Forschungseinrichtungen auszutauschen. Liechtenstein wurde von den Abgeordneten Elfried Hasler und Harry Quaderer vertreten.

Die EU Handelspolitik

Die Parlamentarier tauschten sich mit dem geschäftsführenden Vizepräsidenten der Europäischen Kommission und Kommissar für Handel, Valdis Dombrovskis, aus. Er skizzierte die handelspolitischen Prioritäten der Europäischen Kommission in turbulenten Zeiten. Die EU-Handelspolitik werde offen, fair und nachhaltig bleiben, aber gleichzeitig müsse sie sich auf starke und angemessene Regeln stützen, die zur Reform der Welthandelsorganisation führen, sagte er. Abschliessend unterstrich er, dass die EU die handelspolitischen Beziehungen zu den EFTA-Ländern sehr schätze und sich die EU freue, diese Beziehungen zu stärken, um globale Herausforderungen zu bewältigen.

Das EU-UK Trade and Cooperation Agreement

Nach dem kürzlich erfolgten Abschluss des Handels- und Kooperationsabkommens (TCA) zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich tauschten sich die EFTA-Parlamentarier mit Clara Martinez Alberola, stellvertretende Leiterin der Task Force der Europäischen Kommission für die Beziehungen zum Vereinigten Königreich, aus. Das TCA ersetze weder die EU-Mitgliedschaft noch den Zugang zum EU-Binnenmarkt. Es sei jedoch beispiellos und in vielerlei Hinsicht sehr ehrgeizig, da es Bereiche abdecke, die zuvor mit keinem anderen Drittland abgedeckt waren, betonte sie in ihren Ausführungen.

Das EU-China Investment Abkommen

Das Parlamentarierkomitee traf sich zu einem Meinungsaustausch mit Reinhard Bütikofer, Mitglied des Europäischen Parlaments und Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Delegation des Europäischen Parla-

ments für die Beziehungen zu China informierte er über das kürzlich abgeschlossene umfassende Investitionsabkommen zwischen der EU und China. Die Durchsetzung der Verpflichtungen zu gleichen Wettbewerbsbedingungen sei schwach und werde die EU nicht zufriedenstellen, führte er aus. In Bezug auf die Handels- und Nachhaltigkeitsbestimmungen des Abkommens bezeichnete er die Bestimmungen zum Arbeitsschutz als inakzeptabel.

III. EFTA-CMP am 30. und 31. März (Videokonferenz)

An diesem Treffen nahmen die Abgeordneten Günter Vogt (Delegationsleiter) und Daniel Seger teil. Neben den liechtensteinischen Abgeordneten nahmen Parlamentarierdelegationen aus den weiteren EFTA-Staaten Island, Norwegen und der Schweiz teil. Themenschwerpunkte waren der Europäische Grüne Deal und die EFTA-Freihandelsabkommen.

Der europäische Grüne Deal

Mit dem europäischen «Green Deal» möchte die EU den Übergang zu einer modernen, ressourceneffizienteren und wettbewerbsfähigen Wirtschaft schaffen. Die Parlamentarier tauschten sich zu diesem Thema mit Frans Timmermans, EU-Kommissar für Klimaschutz, aus. Dabei zeigte sich Timmermans besorgt über die grundlegenden globalen Veränderungen, denen wir gegenüberstehen. Der Kampf gegen den Klimawandel sollte von dem Gedanken geleitet sein, dass man verhindern müsse, dass die Kinder in Zukunft Kriege um Wasser und Nahrung führen müssen. Der Handel bleibe der Eckpfeiler, müsse aber fair und nachhaltig sein. Anschliessend erläuterte Jytte Guteland, Mitglied des Europäischen Parlaments, die Prioritäten des EU-Parlaments in den laufenden interinstitutionellen Verhandlungen zum Europäischen Klimagesetz. Dabei unterstrich sie, dass das Europäische Parlament das Pariser Abkommen im europäischen Klimagesetz verankern wolle.

EU-Durchsetzungsverordnung

Das Komitee diskutierte mit Denis Redonnet, EU Chief Trade Enforcement Officer, sowie zwei Mitgliedern des Europäischen Parlaments über die Durchsetzung von Handelsabkommen. Dabei erklärte Redonnet, dass es wichtig sei, die Vorteile der Handelsabkommen zu erkennen und sicherzustellen, dass sie für einen grossen Teil der Stakeholder tatsächlich zum Tragen kommen. Es gehe darum, alle Arten von Barrieren und Nichteinhaltung, mit denen man konfrontiert sei, anzugehen, denn der Wert des Abkommens hänge von seiner Umsetzung ab. Ebenfalls stellte er die neue zentrale Anlaufstelle und die Beschwerdemechanismen für die Zivilgesellschaft vor, um direkt mit der Europäischen Kommission zu interagieren.

EFTA-Freihandelsabkommen

Gemeinsam mit dem Beratenden Ausschuss diskutierte das Parlamentarierkomitee das Ergebnis des Schweizer Referendums über die Ratifizierung des Freihandelsabkommens zwischen der EFTA und Indonesien. Zum Thema Nachhaltigkeit in Freihandelsabkommen wurden die EFTA-Beratungsgremien vom EFTA-Sekretariat über aktuelle Initiativen der EFTA-Staaten in diesem Bereich und die Möglichkeit, in Zukunft Nachhaltigkeitsfolgenabschätzungen von EFTA-Freihandelsabkommen durchzuführen, informiert.

IV. Gemeinsames EWR- und EU-Parlamentarierkomitee am 28. April (Vi-deokonferenz)

Am ersten gemeinsamen Treffen des EWR- und EU-Parlamentarierkomitees (EEA JPC) seit den Landtagswahlen im Februar waren die Abgeordneten Günter Vogt (Delegationsleiter) und Daniel Seger vertreten. Die Mitglieder diskutierten die neuesten Entwicklungen im EWR, der durch die beispiellose Wirtschaftskrise im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie und dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU und dem EWR herausgefordert ist. Die EFTA-Delegation wurde vom Abgeordneten Günter Vogt, Vorsitzender des EEA JPC, angeführt. Die Sitzung wurde von Andreas Schwab in Brüssel, Vizevorsitzender des EEA JPC und Mitglied des Europäischen Parlaments, geleitet. Neben den liechtensteinischen Abgeordneten nahmen Parlamentarierdelegationen aus den weiteren EWR/EFTA-Staaten Island und Norwegen sowie Mitglieder des Europäischen Parlaments teil. Die Abgeordneten aus der Schweiz waren als Beobachter anwesend.

Entwicklungen des EWR-Abkommens

Der isländische Botschafter bei der Europäischen Union, Kristján Andri Stefánsson, informierte als EFTA-Vorsitzender des EWR-Rats, das Komitee über die neuesten Entwicklungen im EWR-Abkommen. Er erklärte, dass die EWR/EFTA-Staaten überrascht worden waren, als die im März verabschiedete geänderte Verordnung der Kommission die EWR/EFTA-Staaten von der Liste der Länder, die von der Ausfuhr genehmigungsregelung für Covid-19-Impfstoffe ausgenommen sind, gestrichen hatte. Er betonte, dass die EWR/EFTA-Staaten der festen Überzeugung sind, dass die derzeitige Ausfuhr genehmigungsregelung nicht mit dem EWR-Abkommen vereinbar ist.

João Labareda, Berater bei der Ständigen Vertretung Portugals bei der EU, nahm in seiner Rolle als Vorsitzender der EU im EWR-Rat, die seit dem letzten Treffen erzielten Fortschritte betreffend die Umsetzung von EWR-Rechtsakten zur Kenntnis und brachte seine Anerkennung für die Arbeit des Gemeinsamen EWR-Ausschusses zum Ausdruck. Weiter unterstrich er die Bedeutung des reibungslosen Funktionierens des Binnenmarktes, welcher für die Erholung des Europäischen Wirtschaftsraums von wesentlicher Bedeutung sei.

Clara Ganslandt, Leiterin der Abteilung Europa im Europäischen Auswärtigen Dienst, vertrat den EU-Vorsitz des Gemeinsamen EWR-Ausschusses. Sie führte aus, dass 2020 aufgrund der Covid-19-Pandemie ein sehr ungewöhnliches Jahr gewesen sei. Das EWR-Abkommen habe sich dennoch als solides Vehikel für die EU-EFTA-Zusammenarbeit erwiesen. Trotz der Covid-19-Pandemie, die die übliche Funktionsweise der EWR-Zusammenarbeit ab März 2020 veränderte, habe der Gemeinsame EWR-Ausschuss seinen regelmässigen Sitzungsplan fortsetzen können. Der Gemeinsame EWR-Ausschuss habe 240 Beschlüsse, die 370 Rechtsakte enthielten, angenommen. Dies war aufgrund der aussergewöhnlichen Umstände etwas weniger als in den Vorjahren, aber der Prozess sei seit Anfang 2021 wieder auf Kurs.

«Annual Report of the EEA Joint Committee on the functioning of the EEA Agreement in 2020»

Der alljährliche Bericht wurde von den Berichterstattern Günter Vogt und Andreas Schwab vorgelegt. In der verabschiedeten Resolution bedauert das Komitee, dass die Anzahl der EWR-relevanten Rechtsakte, die 2020 in das EWR-Abkommen aufgenommen wurden, im Vergleich zum Vorjahr um fast 50 Prozent zurückgingen und sich damit der Backlog um 25 Prozent erhöht hat. Dabei bekräftigt das Komitee das gemeinsame Interesse der EU und der EWR/EFTA-Staaten an der rechtzeitigen Übernahme dieser Rechtsakte und fordert sie daher nachdrücklich auf, ihre Bemühungen um einen erheblichen Abbau des Rückstands fort-

zusetzen. Das Komitee nimmt zur Kenntnis, dass im Jahr 2020 zwei EWR/EFTA-Stellungnahmen eingereicht wurden, und betont die Wichtigkeit solcher Stellungnahmen, um sich so früh wie möglich im Entscheidungsfindungsprozess auszutauschen, um sicherzustellen, dass die Interessen beider Seiten gebührend berücksichtigt werden.

Weitere diskutierte Themen

Anschliessend diskutierte das Komitee über die Zusammenarbeit im Binnenmarkt während der Covid-19-Pandemie. Claudia Gamon, Mitglied des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) des Europäischen Parlaments (EP), präsentierte die wichtigsten Ergebnisse einer Resolution des EP zu diesem Thema. Dabei erklärte sie, dass viele der nationalen Massnahmen, die zu Beginn der Pandemie ergriffen wurden, die grundlegenden Regeln der EU in Bezug auf die Freizügigkeit von Menschen, Waren und Dienstleistungen verletzt hätten. Viele EU- und EWR-Bürger hätten dies persönlich erfahren, insbesondere diejenigen, die in Grenzregionen leben. Dies habe nicht nur das normale Funktionieren der europäischen Wirtschaft beeinträchtigt, sondern auch die Beziehungen zwischen einzelnen Staaten, einschliesslich der EFTA-Staaten, potenziell geschädigt. Massnahmen wie Grenzschliessungen oder Exportverbote von Schutzausrüstung hatten zu erheblichen Marktstörungen geführt und die bilateralen Beziehungen belastet. Der Abgeordnete Günter Vogt bekräftigte die Bedeutung der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Covid-19 und bei der Wiederherstellung des Binnenmarkts. Er stellte fest, dass sich das EWR-Abkommen als flexibel genug erwiesen habe, um sich an die veränderten Umstände der beispiellosen Krise anzupassen. Das EWR-Abkommen sei das tiefste und umfassendste Wirtschaftsabkommen der Welt und die EWR/EFTA-Staaten seien die engsten Partner der EU. Dies müsse in allen EWR-Ländern und in Brüssel bekannt sein und kommuniziert werden. Vogt appellierte an alle Entscheidungsträger in Brüssel, die besonderen Beziehungen zwischen der EU und den EWR/EFTA-Staaten bei der Ausarbeitung von Gesetzen mit EWR-Relevanz im Auge zu behalten.

Eric Nussbaumer, Leiter der Schweizer Delegation, informierte das Komitee über den Stand der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU im Anschluss an das Treffen zwischen dem Bundespräsidenten Guy Parmelin und der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen. Dazu merkte der Abgeordnete Daniel Seger an, dass das EWR-Abkommen gekoppelt mit der Zollunion mit der Schweiz für Liechtenstein gut funktioniert habe. Wenn kein ausgewogener Kompromiss gefunden werden könne, hätte dies auch nachteilige Folgen für Liechtenstein.

Abschliessend erörterte das Komitee die Beziehungen der EU und der EFTA-Länder zum Vereinigten Königreich. Dazu informierte Gwendoline Delbos-Corfield, stellvertretendes Mitglied der UK-Koordinierungsgruppe im EP. Sie wies darauf hin, dass das Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich ab dem 1. Januar 2021 vorläufig angewendet werde. Die Zustimmung des EP und der Abschluss durch einen Ratsbeschluss stünden noch aus, die Frist laufe jedoch bis Ende April. Die vorläufige Anwendung hatte es dem EP ermöglicht, das Abkommen zu prüfen, und als solches hatte das EP am Vortag zusammen mit einer EP-Entschliessung für das Abkommen gestimmt.

V. EFTA-CMP und EFTA-Minister am 31. Mai (Videokonferenz)

Das regelmässig stattfindende Treffen zwischen den EFTA-Ministern, dem EFTA-Parlamentarierkomitee sowie dem Beratenden Ausschuss bot Gelegenheit, Fragen im Zusammenhang mit den Freihandelsverhandlungen der EFTA, die Nachhaltigkeit in EFTA-Freihandelsabkommen und die Transparenz der EFTA-Freihandelsprozesse zu diskutieren.

Liechtenstein wurde von den Abgeordneten Günter Vogt (Delegationsleiter) und Daniel Seger vertreten. Auf der Seite der Minister waren Iselin Nybø, norwegische Handelsministerin, Guy Parmelin, Schweizer Bundespräsident, Guðlaugur Þór Þórðarson, isländischer Aussenminister, sowie Dominique Hasler, liechtensteinische Aussenministerin, vertreten.

Iselin Nybø, informierte die Komitees über die neuesten Entwicklungen in Bezug auf Nachhaltigkeit in den EFTA-Freihandelsabkommen. Sie erklärte, dass Arbeitsgruppen eingerichtet wurden, um ein Instrument zur Überwachung der Einhaltung von Nachhaltigkeitsvorschriften durch EFTA-Drittlandpartner zu entwickeln.

Die Mitglieder der EFTA-Beratungsgremien und die Minister tauschten sich auch über verschiedene laufende Prozesse und Verhandlungen mit Partnern aus Drittstaaten, die Beziehungen zu globalen Akteuren wie China und den USA sowie den Stand der Verhandlungen zwischen den EWR/EFTA-Staaten und dem Vereinigten Königreich über ein Freihandelsabkommen aus. Der Schweizer Bundespräsident Guy Parmelin informierte die Komitees über die jüngste Entscheidung der Schweizer Regierung, die Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU über ein institutionelles Rahmenabkommen abzubrechen.

Am Rande des Treffens mit den Ministern diskutierte das EFTA-Parlamentarierkomitee den Schutz von geistigen Eigentumsrechten an Pflanzenzüchtungen in EFTA-Freihandelsabkommen und dessen mögliche Auswirkungen auf die Saatgutsysteme in den EFTA-Partnerstaaten. Das vermeintliche Spannungsverhältnis zwischen dem Recht auf Saatgut und dem Schutz geistiger Eigentumsrechte in EFTA-Freihandelsabkommen wurde mit Christophe Golay von der Genfer Akademie für humanitäres Völkerrecht und Menschenrechte und mit Vertretern des EFTA-Sekretariats diskutiert. Dabei führte Golay aus, dass die EFTA-Länder aufhören sollten, die 1991er-Version des Internationalen Übereinkommens zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV) in ihren Freihandelsabkommen zu fördern, und stattdessen die Entwicklungsländer ermutigen sollten, die Möglichkeiten des WTO-Abkommens über handelsbezogene Aspekte des geistigen Eigentums (TRIPS) zu nutzen, um ein an ihre lokalen Besonderheiten angepasstes Sortenschutzsystem zu entwerfen. Der Vertreter des EFTA-Sekretariats stellte klar, dass die EFTA den Beitritt zur UPOV nicht zur Bedingung für den Abschluss eines Freihandelsabkommens macht. Die EFTA-Staaten seien immer bestrebt, die bestmögliche Lösung für alle Beteiligten zu finden, um Sortenschutzregelungen in ihren Freihandelsabkommen zu berücksichtigen.

VI. Gemeinsames EWR- und EU-Parlamentarierkomitee am 25. August in Reykjavik

Das erste physische Treffen des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees nach Ausbruch der Covid-19-Pandemie fand in Reykjavik statt. Liechtenstein wurde durch die Abgeordneten Günter Vogt (Delegationsleiter) und Daniel Seger sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Weitere Teilnehmer der Konferenz waren Parlamentarier aus den EWR/EFTA-Staaten Norwegen und Island, Abgeordnete des Europäischen Parlaments und der Schweiz (als Beobachter) sowie hochrangige Vertreter von diversen Institutionen. Die Sitzung wurde vom Abgeordneten Günter Vogt, Vorsitzender des EEA JPC, geleitet.

Entwicklungen des EWR-Abkommens

Der norwegische Botschafter bei der EU, Rolf Einar Fife, informierte als EFTA-Vorsitzender des EWR-Rats das Komitee über die neusten Entwicklungen im EWR-Abkommen seit dem letzten Treffen im April 2021. Er betonte, dass das digitale Covid-19 Zertifikat der Europäi-

schen Union seit dem 1. Juli in allen 30 EWR-Ländern gültig sei. Dies sei ein Beispiel für die gute Zusammenarbeit zwischen der EU, dem EWR und der EFTA während der Pandemie.

Aleš Zabukovec, Botschaftsrat bei der Ständigen Vertretung Sloweniens bei der Europäischen Union, sprach in seiner Rolle als EU-Vorsitzender des EWR-Rats. Er unterstützte die Ausführungen von Botschafter Fife und begrüßte die Teilnahme der EWR/EFTA-Staaten an den EU-Programmen sowie am EWR-Finanzierungsmechanismus.

Botschafterin Lucie Samcová-Hall Allen, Leiterin der EU-Delegation in Island, sprach im Namen des EU-Vorsitzes des Gemeinsamen Ausschusses und hielt in ihren Ausführungen fest, dass eine der wichtigsten Prioritäten die Einbindung der EWR/EFTA-Staaten in die 13 EU-Programme sei.

Frank Büchel, liechtensteinisches Mitglied des Kollegiums der EFTA-Überwachungsbehörde (ESA), machte Ausführungen zu den Herausforderungen des EWR-Abkommens während der Pandemie. Die ESA habe daran gearbeitet, das EWR-Abkommen zu schützen und zu fördern um sicherzustellen, dass es auch während der Pandemie funktioniere. Die ESA müsse sicherstellen, dass es glaubwürdig bleibe. Man bemühe sich um den Schutz der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte. Dazu würde auch vor dem EuGH interveniert, wie beispielsweise um die Unabhängigkeit der Richter in Polen zu schützen.

Weitere diskutierte Themen

Das Komitee nutzte die Gelegenheit, um die Arktispolitik nach dem zweijährigen isländischen Vorsitz im Arktischen Rat zu erörtern. Dazu informierten Ólafur Grímsson, ehemaliger Präsident Islands sowie Gründer und Vorsitzender der Polarkreis-Konferenz, und Michael Mann, EU-Botschafter für die Arktis und Sonderbeauftragter für arktische Angelegenheiten des Europäischen Auswärtigen Dienstes, über aktuelle Herausforderungen und Chancen für die Region. Dabei erklärte Grímsson, dass als er vor 20 Jahren als isländischer Präsident begann, die Arktis auf die Tagesordnung zu setzen, es ihm nur wenige Staatschefs gleichtaten. Heute sei alles anders und die Parlamentarier sollten die demokratische Führung bei dieser wichtigen Thematik übernehmen. Jedes Land, welches in der Debatte über den Klimawandel eine Rolle spielen wolle, müsse einen Beitrag zur Debatte über die Arktis leisten.

Árni Páll Árnason, stellvertretender Direktor des Financial Mechanism Office, erläuterte den Stand der Umsetzung des EWR- und des Norwegen-Finanzierungsmechanismus in den begünstigten Ländern und die dabei zu bewältigenden Herausforderungen insbesondere in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in den Empfängerstaaten. So wurden in Polen Auszahlungen an Akteure eingestellt, die LGBTI-Personen diskriminieren.

Ebenfalls auf der Agenda stand die freiwillige Teilnahme der EWR/EFTA-Staaten an Programmen der EU wie zum Beispiel Erasmus, Digitales Europa oder Kreatives Europa für die Jahre 2021 bis 2027. Dazu informierten Thorstein Bjornsson, Referent im EFTA-Sekretariat, und Ágúst Ingthorsson, Direktor des isländischen Forschungszentrums RANNIS.

Des Weiteren diskutierte das Komitee die Auswirkungen des Digital Services Act Packages auf den EWR. Diese Gesetzesvorschläge beinhalten einen Gesetzesentwurf für digitale Dienstleistungen sowie einen Gesetzesentwurf für digitale Märkte. Sie sollen zu einem besseren Konsumentenschutz im digitalen Raum beitragen. Die EU-Berichterstatteer Andreas Schwab, Vizevorsitzender des EEA JPC, sowie Christel Schaldemose stellten ihre Berichtsentwürfe vor.

Weiteres Thema war der European Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) als jüngster Vorschlag des «Green Deals» der Europäischen Union. Damit sollen die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 55 Prozent gesenkt werden und Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent werden. Dazu stellte Mette Quin-Koefoed, Leiterin des Referats

für die Umsetzung des Emissionshandelssystems in der Direktion Klimapolitik der Europäischen Kommission den europäischen Mechanismus zur Anpassung der Kohlenstoffgrenzen vor. Gudmundur Ingi Gudbrandsson, isländischer Minister für Umwelt und natürliche Ressourcen, erläuterte die isländische Klima- und Energiepolitik.

Nach dem Abschluss eines Freihandelsabkommen zwischen den EWR/EFTA-Staaten und dem Vereinigten Königreich im Juli 2021 erörtere das Komitee die Beziehungen zwischen der EU und den EFTA-Staaten mit dem Vereinigten Königreich mit Prof. David Phinnemore, Professor für Europäische Politik an der Queen's University Belfast. Er stelle die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Freihandelsabkommen zwischen den EWR/EFTA-Staaten und der EU mit dem Vereinigten Königreich vor. Timon Salomonson, Leiter der Abteilung für das Vereinigte Königreich beim Europäischen Auswärtigen Dienst, und Martin Eyjólfsson, Staatssekretär im isländischen Aussenministerium, trugen ebenfalls zur Diskussion bei.

Abschliessend diskutierten die Parlamentarier die Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union nachdem der Schweizer Bundesrat im Mai 2021 die Verhandlungen mit der EU zu einem institutionellen Rahmenabkommen abgebrochen hat. Aufgrund der engen Verflechtung Liechtensteins mit der Schweiz wird das Scheitern der Verhandlungen auch direkte oder indirekte Auswirkungen auf Liechtenstein haben.

VII. EFTA-CMP und EFTA Minister am 23. und 24. November in Brüssel

Liechtenstein war an diesen Treffen mit den Abgeordneten Günter Vogt (Delegationsleiter) und Daniel Seger sowie Sandra Gerber-Leuenberger (Delegationssekretärin) vertreten. Neben den liechtensteinischen Abgeordneten nahmen Parlamentarierdelegationen aus den weiteren EFTA-Staaten Island, Norwegen und der Schweiz teil. Ebenso waren die EWR/EFTA-Minister und die Vertreter des Beratenden Ausschusses anwesend.

EFTA-CMP

Das EFTA-Parlamentarierkomitee trifft sich in der Regel zweimal jährlich zu ordentlichen Sitzungen. Seit Beginn der Covid-19-Pandemie fanden die Sitzungen online statt. Im Rahmen der Novembersitzung trafen sich die Parlamentarier erstmals wieder vor Ort in Brüssel im neu eröffneten EFTA-Haus, welches das EFTA-Sekretariat, den EWR-Finanzierungsmechanismus sowie die EFTA Surveillance Authority (ESA) beheimatet. Es fanden Treffen mit hochrangigen Beamten der Europäischen Kommission und mit Vertretern von Think-tanks statt, um sich mit ihnen über die jüngsten Entwicklungen des handelspolitischen Umfelds sowie über aktuelle Herausforderungen auszutauschen.

Die folgenden Themenbereiche wurden diskutiert: Beziehungen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich sowie die Umsetzung des Nordirland-Protokolls, die soziale Dimension des Fit-For-55-Pakets, die von der Europäischen Union vorgeschlagene Verordnung über harmonisierte Vorschriften für Künstliche Intelligenz sowie die Rechtsstaatlichkeit und der EWR-Finanzierungsmechanismus in Polen.

Abschliessend wurden die Vorsitzenden für das kommende Jahr bestellt. Den Vorsitz übernimmt die isländische Delegationsleitung und den Vizevorsitz kommt der norwegischen Delegationsleitung zu.

Treffen mit dem Vorsitzenden des EFTA-Rats

Am 23. November trafen sich das EFTA-Parlamentarierkomitee und der Beratende Ausschuss der EFTA-Staaten mit dem isländischen Aussenminister Guðlaugur Þór Þórðarson, dem Vorsitzenden des EFTA-Rats. Das Treffen bot die Gelegenheit, die Prioritäten des islän-

dischen EFTA-Ratsvorsitzes für das kommende Jahr zu diskutieren. Dazu gehörten die EFTA-Handelsstrategie mit den südostasiatischen Ländern, die jüngsten Entwicklungen in den EFTA-Drittstaatenbeziehungen und verschiedene horizontale Fragen im Zusammenhang mit der Transparenz und der Überwachung der EFTA-Freihandelsabkommen.

Treffen mit den EWR/EFTA-Ministern

Am 24. November fand die gemeinsame Sitzung der EWR/EFTA-Minister, des EFTA-Parlamentarierkomitees sowie des Beratenden Ausschusses der EFTA-Staaten statt. Dieses jährliche Treffen findet jeweils in Verbindung mit dem EWR-Rat statt und bietet den beiden beratenden Gremien die Möglichkeit, aktuelle Fragen zum EWR-Abkommen sowie aktuelle Herausforderungen im Binnenmarkt mit den Ministern zu erörtern. Auf Ministeriebene nahm die norwegische Aussenministerin Anniken Huitfeldt als Vorsitzende des Ständigen Ausschusses der EFTA-Staaten an dem Treffen teil. Ebenfalls anwesend waren Kristján Andri Stefánsson, Botschafter Islands bei der EU, und Pascal Schafhauser, Botschafter Liechtensteins bei der EU.

Die Sitzung wurde vom Abgeordneten Günter Vogt und von Brigitte Haas (Geschäftsführerin der LIHK) präsiert. Die norwegische Ministerin Huitfeldt erklärte, dass die Zusammenarbeit in den Bereichen Forschung, Beschaffung und Einführung von Impfstoffen intensiviert werden konnte. Man habe die wirtschaftlichen Massnahmen aufeinander abgestimmt und gleiche Wettbewerbsbedingungen für staatliche Beihilfen geschaffen. Ebenfalls seien die Probleme beim Handel mit medizinischer Schutzausrüstung als auch die Probleme bei der Ausfuhr von Impfstoffen gelöst worden. Zudem konnte das digitale Covid-19-Zertifikat rasch eingeführt werden.

MPS Büro zum Voranschlag 2022 der EFTA-Überwachungsbehörde (ESA)

Die Präsidentin der ESA, Bente Angell-Hansen, stellte das geplante Budget über EUR 19'356'000, was einer Erhöhung von 5,80 Prozent zum Vorjahr entspricht, vor. Der liechtensteinische Beitrag am Gesamtbudget beträgt für das Jahr 2022 EUR 384'120 (Vorjahr 362'962). Die vorgeschlagene Erhöhung ergibt sich insbesondere aus dem Vorschlag, drei zusätzliche Mitarbeitende für die Bereiche Klimawandel und den Übergang zu einer grünen und digitalen Gesellschaft einzustellen. Die Draft Opinion des MPS Büro wurde verabschiedet.

VIII. EFTA-MPS Arbeitsbesuch am 25. und 26. November in Warschau

Liechtenstein war an diesem Arbeitsbesuch durch die Abgeordneten Günter Vogt als Delegationsleiter und Daniel Seger sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Neben den liechtensteinischen Delegierten nahmen Parlamentarierdelegationen aus den weiteren EFTA-Staaten Island, Norwegen und der Schweiz teil. Ebenfalls war ein Mitglied des Beratenden Ausschusses der EFTA-Staaten sowie ein Mitglied des EWR/EFTA-Forum für Lokale und Regionale Behörden als Beobachter anwesend. Das Parlamentarierkomitee wurde vom Abgeordneten Günter Vogt angeführt.

Ziel des Arbeitsbesuchs

Ziel des zweitägigen Arbeitsbesuchs in Warschau (Polen) war es, die Zusammenarbeit im Rahmen des EWR-Finanzierungsmechanismus sowie das Engagement der EFTA-Staaten in Polen vor dem Hintergrund der aktuellen rechtsstaatlichen Herausforderungen mit verschiedenen Akteuren zu erörtern. Darüber hinaus war es dem Parlamentarierkomitee wichtig, insbesondere den politischen Gesprächspartnern wie den polnischen Parlamentariern

und den Vertretern der Regierung die Werte der EFTA-Gemeinschaft zu vermitteln. Weiter informierte sich die Delegation über die aktuelle Situation an der Grenze zwischen Polen und Weissrussland.

EWR-Finanzierungsmechanismus

Der EWR-Finanzierungsmechanismus (EEA Grants) stellt den gemeinsamen Beitrag Islands, Norwegens und Liechtensteins zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten im EWR-Raum dar. Für die Periode 2014-2021 beträgt Liechtensteins Beitrag ca. EUR 2,3 Millionen pro Jahr, was rund 1,06 Prozent der Gesamtkosten des Finanzierungsmechanismus entspricht. Norwegen unterhält zusätzlich zum EWR-Finanzierungsmechanismus einen eigenen Finanzierungsmechanismus (Norway Grants) in ungefähr derselben Höhe. Die Schweiz beteiligt sich seit 2007 mit finanziellen Beiträgen an verschiedenen Projekten zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der EU.

Der EWR-Finanzierungsmechanismus beruht auf Umsetzungsvereinbarungen (Memoranda of Understanding) mit den 15 Empfängerstaaten: Bulgarien, Estland, Griechenland, Kroatien, Lettland, Litauen, Malta, Slowakei, Slowenien, Polen, Portugal, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern. Liechtenstein setzt sich in den Verhandlungen vor allem für Schwerpunkte in den Bereichen Bildung, Kultur, Migration und gute Regierungsführung ein. Schwerpunktländer für Liechtenstein sind Tschechien, die Slowakei, Polen und Ungarn.

Nach Abschluss der jeweiligen Umsetzungsvereinbarung werden in den Empfängerstaaten Fördergelder für Projekte entsprechend der vereinbarten Prioritäten vergeben. Da der EWR-Finanzierungsmechanismus auch zur Stärkung der bilateralen Beziehungen zwischen den Geber- und Empfängerstaaten dienen soll, können sich auch liechtensteinische Projektpartner für gemeinsame Projekte mitbewerben.

Verschiedene Treffen

In Warschau fanden verschiedene Gespräche mit polnischen Parlamentsmitgliedern, hochrangigen Vertretern der Regierung, diversen NGO und Experten im EWR-Finanzierungsmechanismus statt.

Die Delegation diskutierte mit Małgorzata Jarońska-Jedynak, Staatssekretärin im Ministerium für Fördermittel und Regionalpolitik, die Erfolge des EWR-Finanzierungsmechanismus in Polen sowie die Aussichten für die künftige Zusammenarbeit im Hinblick auf einen möglichen vierten Programmplanungszeitraum von 2021 bis 2028. Sie betonte, dass die Zusammenarbeit im Rahmen des EWR-Finanzierungsmechanismus reibungslos funktioniert und dass keine Veruntreuungen oder Betrugsfälle gemeldet worden seien.

Im polnischen Senat (Oberhaus) fand ein Höflichkeitsbesuch beim Senatspräsidenten Marschall Tomasz Grodzki (Civic Platform, Opposition) statt. Anschliessend traf sich die Delegation mit Bogdan Kilch (Civic Platform, Opposition), Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige und europäische Angelegenheiten, und Zygmunt Frankiewicz (Unabhängig), Vorsitzender des Ausschusses für Kommunale- und Staatsverwaltung zu einem Meinungsaustausch.

Im polnischen Sejm (Unterhaus) fand ein Treffen mit verschiedenen Parlamentariern statt: Tomasz Lawniczak (Law and Justice, Regierungspartei), Vorsitzender Ausschuss für lokale Selbstverwaltung und Regionalpolitik, Marek Ast (Law and Justice, Regierungspartei), Vorsitzender Ausschuss für Justiz und Menschenrechte, Anita Czerwińska (Law and Justice, Regierungspartei), Vizevorsitzende Ausschuss für europäische Angelegenheiten, und Wanda Nowicka (Wiosna Party, Social Democratic, Opposition), Vorsitzende Ausschuss für nationale und ethnische Minderheiten. Im Gespräch wurden die Justizreform, LGBTI-Rechte, Homophobie sowie Frauenrechte thematisiert und kritische hinterfragt.

Um sich über die umstrittenen Justizreformen in Polen zu informieren traf, sich die Delegation mit Vertretern des Justizwesens: Adam Bodnar, ehemaliger Bürgerbeauftragter, Dorota Zabłudowska, Vorstandsmitglied der nationalen Vereinigung der Richter in Polen, und mit Paulina Kieszkowska-Knapik, Gründungsmitglied der #Free Courts Initiative. Sie gaben einen besorgniserregenden Überblick über die von der polnischen Regierung durchgeführten Justizreformen.

Der Arbeitsbesuch bot auch die Gelegenheit, mit mehreren Vertretern der Zivilgesellschaft zusammenzukommen. Die Delegation traf sich zu einem Austausch mit Hanna Machińska, stellvertretende Menschenrechtskommissarin der Republik Polen. Sie berichtete über die aktuelle humanitäre Krise an der polnisch-weissrussischen Grenze. Ein weiteres Treffen fand mit Kalina Czwarńóg, Vorstandsmitglied der «Ocalenie Rescue Foundation» statt, welche ebenfalls die Probleme an der Grenze zu Weissrussland sowie die Migration in Polen thematisierte. Ein weiterer Meinungsaustausch fand mit den LGBTI-Aktivisten Bart Staszewski und Julia Maciocha statt.

Weitere Gespräche fanden mit Ewa Kulik-Bielinska, Direktorin der «Stefan Batory Foundation», und Jacek Królikowski, Präsident der «Stiftung für die Entwicklung der Informationsgesellschaft», statt. Beide betonten, dass die finanziellen Hilfen des Finanzierungsmechanismus notwendiger denn je seien, um eine lebendige und kritische Zivilgesellschaft in Polen gegen Angriffe auf die Rechtsstaatlichkeit zu erhalten. Dabei sei es entscheidend, dass die Unabhängigkeit von der polnischen Regierung bei der Verwaltung und Auszahlung der Zuschüsse gewahrt bleibe. Ebenfalls traf sich das Parlamentarierkomitee mit Witold Naturski, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Warschau.

Das zweitägige Programm wurde mit Einleitungsreferaten und Empfängen des norwegischen Botschafters Anders Eide und des Schweizerischen Botschafters Jürg Burri abgerundet. Ebenfalls besuchte die Delegation das «Polin Museum» in Warschau, welches mit Mitteln aus dem EWR-Finanzierungsmechanismus finanziert wurde.

Fazit des Arbeitsbesuchs

Das Parlamentarierkomitee erklärte bei den Gesprächen, dass die politische Lage in Polen, die Reform des Justizwesens und die allgemeine Situation der Rechtsstaatlichkeit in den EWR/EFTA-Staaten aufmerksam verfolgt werde. Die Delegation brachte zum Ausdruck, dass diese Entwicklungen besorgniserregend seien und sich auch auf die Zusammenarbeit im Rahmen des Finanzierungsmechanismus ausgewirkt haben.

Weiter erklärte die Delegation, dass der Finanzierungsmechanismus eine Erfolgsgeschichte sei. Seit dem Beitritt Polens zur Europäischen Union im Jahr 2004 haben die EWR/EFTA-Staaten fast zwei Milliarden Euro zur Förderung von Forschung, Innovation, Bildung, zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, zum Aufbau von Kapazitäten in verschiedenen Bereichen, zur Förderung der lokalen Entwicklung, zur Vorbereitung Polens auf den grünen Wandel, zur Stärkung der Zivilgesellschaft und zur Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit beigetragen.

Bei den Gesprächen wurde betont, dass starke Mechanismen und solide Institutionen der Schlüssel zur Sicherung der Grundwerte der EWR/EFTA-Gemeinschaft sind. Diese sind auch notwendig, um einen reibungslosen funktionierenden Binnenmarkt und die Beteiligung der Arbeitnehmer, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft zu gewährleisten.

Die Delegation hat deutlich gemacht, dass die Achtung der europäischen Werte, der Rechtsstaatlichkeit, unabhängige Institutionen und die Achtung der Menschen- und Minderheitenrechte eine Voraussetzung für eine künftige Förderung im Rahmen der EWR- und Norwegen-Zuschüsse für Polen sind und hat ebenso klar kommuniziert, dass die Europäischen Werte nicht verhandelbar sind. Die Delegation führte weiter aus, dass sofern die poli-

tische Führung in Polen keine «Kursanpassungen» zu den erwähnten Themen anstrebt, die Parlamente der EFTA-Staaten den Regierungen empfehlen wird, die finanzielle Unterstützung einzufrieren. Letztlich handle es sich bei den Mitteln um Steuergelder der EWR/EFTA-Staaten, die gemäss den von den EWR/EFTA-Bürgern befürworteten Werten ausgegeben werden müssten.

IX. Zusammenarbeit

Die Delegation stand in regelmässigem Kontakt mit dem Ministerium für Äusseres, dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten, der Stabsstelle EWR sowie der Ständigen Vertretung in Genf und der Botschaft in Brüssel. So konnte gewährleistet werden, dass die liechtensteinische Aussenpolitik koordiniert wahrgenommen wird.

X. Kostenaufwand der Delegation

Im Jahr 2021 beliefen sich die Reisekosten/Spesen der Delegation auf CHF 11'984 (Vorjahr CHF 3'571). Die Taggelder machten im Jahr 2021 CHF 16'000 (Vorjahr CHF 12'400) aus.

XI. Schlusswort und Antrag

Die EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees sind ein Forum für Parlamentarier aus den vier Mitgliedstaaten: Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz und konzentrieren sich auf die strategischen Prioritäten der EFTA und die Handelsbeziehungen mit Drittstaaten weltweit.

Die liechtensteinische Delegation für die drei EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees nahm im 2021 an insgesamt 7 Arbeitstreffen während 10 Tagen teil (2020: 12 Treffen während 12 Tagen). Der vorliegende Bericht gibt einen summarischen Überblick über die behandelten Themen. Bei Bedarf können zum vertieften Einblick Sitzungsunterlagen und Protokolle beim Parlamentsdienst eingesehen werden. Ausser den Arbeitssitzungen in Island im August, sowie in Brüssel und Polen im November, fanden alle Sitzungen aufgrund der Covid-19-Pandemie per Videokonferenz statt.

Im Berichtsjahr dominierte die Covid-19-Krise weiterhin in jeder Hinsicht die Aktivitäten der Delegation. In Bezug auf den Welthandel offenbarte die Pandemie nicht nur die Verwundbarkeit von globalen Lieferketten, sondern akzentuierte auch bereits bestehende Spannungen und Trends hin zu Unilateralismus, Protektionismus und Blockbildung. Im europäischen Kontext bewies die Pandemie die Bedeutung des EU-Binnenmarkts für das akute Krisenmanagement.

Wie in den Vorjahren beschäftigten sich die EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees auch im abgelaufenen Jahr mit zahlreichen Fragen zum EWR und des internationalen Freihandels. Die Mitgliedschaften Liechtensteins in diesen beiden Institutionen bilden die zentralen und stabilen Pfeiler der liechtensteinischen Aussen- bzw. Aussenhandelspolitik. Die EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees bieten daher eine ausserordentlich wertvolle Plattform für den gegenseitigen Austausch innerhalb der EWR/EFTA-Staaten, als auch mit Vertretern der EU sowie bestehender und potenzieller Freihandelspartnern.

Offen bleibt nach dem Abbruch der bilateralen Gespräche der Schweiz mit der EU die Frage, in welcher Form die beiden Parteien gewillt sind mit den institutionellen Abkommen weiterhin ein strukturierteres Fundament für die Zukunft zu geben.

Mit dem vom Landtag in der Novembersitzung genehmigten Freihandelsabkommen zwischen Island, dem Fürstentum Liechtenstein, dem Königreich Norwegen und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland werden nun neben dem Warenverkehr, der bereits ab dem 1. Januar 2021 über das Zusatzabkommen zum Handelsabkommen zwischen der Schweiz und UK nahtlos weitergeführt werden konnte, auch weitere Bereiche wie insbesondere der grenzüberschreitende Dienstleistungshandel einschliesslich Finanzdienstleistungen in einem nicht nur für Liechtenstein wichtigen Präferenzabkommen geregelt.

Das erzielte Abkommen verhindert eine Diskriminierung gegenüber Unternehmen aus der EU und bietet liechtensteinischen Wirtschaftsakteuren einen bevorzugten Marktzugang gegenüber Ländern, die kein Freihandelsabkommen mit UK haben. Inhaltlich wie auch in Bezug auf den Aufbau orientiert sich das Abkommen am Handels- und Kooperationsabkommen (TCA) zwischen der EU und UK.

Ich danke meinen Delegationskollegen Daniel Seger, Hubert Büchel und meiner Delegationskollegin Karin Zech-Hoop, sowie der Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger für die sehr gute und ausgezeichnete Zusammenarbeit. Ein besonderer Dank für die sehr gute Unterstützung im Berichtsjahr gilt auch dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten, der Stabsstelle EWR, dem EFTA-Sekretariat sowie der ständigen Vertretung in Genf und der Botschaft in Brüssel.

Wir bitten den Hohen Landtag, den Jahresbericht 2021 der Delegation für die EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees zur Kenntnis zu nehmen.

Der Delegationsleiter

Günter Vogt

Balzers, im Januar 2022